

1 „Gemeinsam gute Schule machen“ – Landesrat Junge Union Saar 18.12.2017

3 1. G8 oder G9 – Debatte beenden

4 Anstatt öffentlich eine Debatte über den Beibehalt oder die Abschaffung von G8 zu führen, fordern
5 wir als Junge Union (JU) Saar eine Diskussion über den Status quo. Wir wollen eine offene
6 Auseinandersetzung darüber, an welchen Stellen und aus welchen Gründen dringend
7 Verbesserungsbedarf an saarländischen Gymnasien besteht. Was beinhalten die Lehrpläne, wie
8 viele Stunden Unterricht fallen aus welchen Gründen aus und wo ist der von uns eingeforderte
9 Standard an die allgemeine Hochschulreife nicht mehr gewahrt. Eine weiter andauernde und die
10 Schulen belastende Diskussion ist für die Schüler nicht hilfreich. Es bedarf vielmehr einer
11 intensiven Bestandsaufnahme und vor allem -analyse. Ein „Weiter-So“ zulasten und auf dem
12 Rücken der Schüler darf es nicht geben. Die Stellschraube liegt unserer Meinung nach nicht in
13 einem Jahr mehr oder weniger Unterricht, sondern vielmehr darin, wie dieser Unterricht gestaltet
14 ist und welche Ausbildung die Schüler an den Gymnasien erfahren.

15 In diesem Zusammenhang ist auch anzumerken, dass das Erreichen des Abiturs schließlich der
16 höchste Schulabschluss ist und es daher einer genauen Leistungsdifferenzierung – bereits vor der
17 fünften Klasse – bedarf. Vor dem Hintergrund der immer weiter voranschreitenden Bildungs-
18 in unserer Gesellschaft, ist es nicht verwunderlich, dass man immer mehr den Eindruck gewinnen
19 muss, dass lediglich ein Abitur ein adäquater Bildungsabschluss in den Augen der Gesellschaft ist.
20 Hier muss zum einen eine Aufwertung der anderen Schulabschlüsse erfolgen, um so auch das
21 Abitur selbst wieder aufwerten zu können. Zum anderen muss durch transparente und objektive
22 Leistungsmessung bereits am Ende der Grundschule erreicht werden, dass nur die
23 leistungsstärksten Schüler das Gymnasium besuchen. Auf diesem Wege kann auch einer
24 „Überforderung“ der Schüler durch die einjährige Verkürzung des Gymnasiums im Rahmen der
25 Diskussion um die Sinnhaftigkeit von G8 vorgebeugt werden. Auf den Beschluss der JU Saar zur
26 Wiedereinführung der Empfehlung nach der Grundschule für die weiterführenden Schulen wird
27 insoweit verwiesen.

28 2. Oberstufenreform – Einführung zentraler Oberstufengymnasien

30 Innerhalb des saarländischen Schulsystems bedarf es grundlegender Qualitätssicherungen. Die
31 Allgemeine Hochschulreife (Abitur) muss wieder ihre frühere Wertigkeit zurückerhalten.

32 Durch die Möglichkeit an Gymnasien und Gemeinschaftsschulen das Abitur erwerben zu können,
33 ist es zu einer Qualitätsgefährdung gekommen. Es wird daher vorgeschlagen, zentrale
34 Oberstufengymnasien aus allen bestehenden eigenständigen Oberstufen einzuführen. Auf Grund
35 der dadurch erzielbaren höheren Schülerzahlen wäre ein größeres Kursangebot für die Schüler und
36 damit eine fachspezifischere Ausbildung und Unterrichtung in diesen Fächern möglich. So wäre
37 dem Effekt vorgebeugt, dass beispielsweise an Gemeinschaftsschulen bloß wenige Fächer bzw.
38 Kursangebote in der Oberstufe vorgehalten werden können. Zudem wäre der Einsatz von Lehrern
39 an den Oberstufengymnasien möglich, welche speziell für die Sekundarstufe II ausgebildet
40 wurden, was auch zu einer Steigerung der Unterrichtsqualität führen würde.

41 In Bezug auf das saarländische Zwei-Säulen-Modell ist festzuhalten, dass hier eine echte
42 Gleichwertigkeit der Bildungsqualität gegeben sein muss, um dieses legitim aufrechterhalten zu
43 können. Sollte an diesem Modell weiter festgehalten werden, so müssen die Sach- und
44 Personalausstattungen identisch und die Anforderungen an Lehrer und Schüler an beiden

45 Schulformen in der Oberstufe objektiv vergleichbar sein. Wir sprechen uns insofern auch dafür
46 aus, den Schülern weiter eine echte Wahlfreiheit zu gewährleisten und diese zu stärken.

47

48 **3. Abitur für alle? Werterhalt der allgemeinen Hochschulreife**

49 Mit der Einführung des Zwei-Säulen-Modells Gymnasium und Gemeinschaftsschule zum Schuljahr
50 2012/13 verfügt das Saarland über zwei weiterführende Schulformen, die beide alle Abschlüsse
51 bis zur allgemeinen Hochschulreife ermöglichen. Dabei bringt das Zentralabitur als solches eine
52 bessere Vergleichbarkeit der Leistungen der Schüler mit sich. Um die nötige Objektivität und
53 Vergleichbarkeit der Leistungen der Schüler und damit die Wertigkeit des Abiturs sicherstellen zu
54 können, sprechen wir uns weiterhin für eine Zweitkorrektur der schriftlichen Abiturprüfungen
55 durch Lehrer anderer Schulen aus. Dies bedarf keines hohen organisatorischen Aufwands, jedoch
56 ist der erzielbare Effekt, nämlich die Verhinderung des Absinkens des Leistungsniveaus, umso
57 größer. Die Leistung in der schriftlichen Abiturprüfung muss wieder objektiv messbar und
58 vergleichbar sein. Ziel muss es sein, eine Aufwertung des Abiturs zu erreichen. Ebenso müssen bei
59 dem Abitur selbst die Vornoten und die Abschlussprüfung selbst eine andere Gewichtung erhalten.

60 In diesem Zusammenhang begrüßen wir den Vorstoß zur Änderung der Verordnung für die
61 gymnasialen Oberstufe (VO GOS) den bisherigen Pflicht- bzw. Kernfächern Mathematik, Deutsch
62 und einer Fremdsprache als drittem Pflichtfach auch wieder weitere Fächer auf Wunsch der
63 Schüler zum dritten Kernfach der schriftlichen Abiturprüfung machen zu können. Dies bedeutet
64 eine Verbesserung der fachspezifischen Studierfähigkeit für die Schüler. Allerdings darf hierdurch
65 ein Absinken der Anforderungen an die schriftliche Abiturprüfung nicht erfolgen.

66

67 **4. Wiedereinführung der Abweichungsprüfungen**

68 Die Junge Union Saar spricht sich für die Wiedereinführung der sog. Abweichungsprüfungen aus.
69 Weicht ein Schüler in seiner schriftlichen Abiturprüfung um vier oder mehr Punkte von seiner
70 Vornote ab, so muss die Abweichungsprüfung zwingend und verbindlich sein. Eine Beliebigkeit und
71 die Durchführung einer solchen auf Wunsch bzw. Antrag der Schüler führt nicht zu einer Steigerung
72 des Leistungsniveaus und der Qualität der allgemeinen Hochschulreife.

73

74 **5. Digitalisierung des Unterrichts – Zukunftsfähigkeit des Saarlandes sichern**

75 Die Digitalisierung schreitet stetig voran. Doch reicht das Erlernen des Umgangs mit einem
76 Smartphone heutzutage lange nicht aus, um von echter Kompetenzförderung im digitalen Bereich
77 sprechen zu können. Das Saarland hat mit seinen Instituten und IT-Zentren eine besondere Rolle
78 in Deutschland eingenommen und dies muss es auch in Zukunft durch seine Schüler von heute
79 garantieren und weiter voranbringen können. Es bedarf daher flächendeckender
80 Breitbandanschlüsse und zeitgemäßen technischen Geräten, nicht bloß Smartboards und
81 Overheadprojektoren. Es muss einheitliche Strukturen als vernünftiger Infrastruktur im
82 Zusammenhang mit personellen Schulungen geben.

83

84

85 **6. Stärkung der übrigen Bildungsabschlüsse**

86 Im europäischen Vergleich ist die berufliche Qualifikation in Deutschland sehr hoch angesehen. Es
87 kann und es muss nicht jeder Schüler eine allgemeine Hochschulreife erlangen. Ausbildungsberufe
88 sind ebenso wichtig wie Berufe, für die ein Hochschulabschluss notwendig ist. Ein differenziertes
89 Schulsystem ermöglicht eine bessere Förderung der Schüler und erlaubt damit eine tiefergehende
90 Betrachtung des Unterrichtsstoffs je nach angestrebtem Schulabschluss. Die duale Ausbildung im
91 Saarland muss beibehalten und gestärkt werden.

92 Vor diesem Hintergrund muss die Gleichwertigkeit zwischen akademischer und beruflicher Bildung
93 wiederhergestellt werden. Ebenso müssen der Mittlere Bildungsabschluss und auch der
94 Hauptschulabschluss im Vergleich zum Abitur eine Aufwertung erfahren. Vor allem der
95 Meistertitel bedarf besonderer Würdigung und Wertschätzung. Da Studieren im Saarland
96 kostenlos ist, müssen auch die Ausbildungsberufe in finanzieller Hinsicht durch das Land
97 unterstützt werden. Daher begrüßen wir die Einführung des sog. Meister-Bonus im vergangenen
98 Jahr sehr, bei der Absolventen, die vor der Handwerkskammer, der IHK oder der
99 Landwirtschaftskammer ihre Meister-Prüfung bestehen, vom Land eine Prämie in Höhe von 1.000
100 Euro erhalten. Der geleisteten Ausbildung wird dadurch – auch ohne Studium – eine besondere
101 Wertigkeit verliehen. Damit hat sich das Saarland im Vergleich zu anderen Bundesländern, neben
102 Bayern und Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen, ein Alleinstellungsmerkmal erarbeitet.

103

104 **7. Klares Nein zu herkunftssprachlichem Unterricht**

105 Die JU Saar spricht sich klar gegen die Forderung des Bildungsministeriums zur Einführung von sog.
106 herkunftssprachlichem Unterricht aus. Vorrang muss die Sicherstellung der Unterrichtsqualität
107 haben, bevor ein Abzug der Lehrer zum Zwecke der Unterrichtung von Türkisch, Arabisch oder
108 Russisch erfolgen darf. Ziel des Schulbesuches ist schließlich auch die Eröffnung einer
109 Integrationsmöglichkeit und das Ingangsetzen eines Integrationsprozesses. Dieser beginnt jedoch
110 mit dem Erlernen der deutschen Sprache und nicht mit einem Unterricht in der jeweiligen
111 Muttersprache. Das Beibehalten der Muttersprache und der Ausbau der muttersprachlichen
112 Kompetenzen sind sehr wichtig und auch förderwürdig. Es darf jedoch einer zwingenden
113 Voraussetzung für eine gelungene und erfolgreiche Integration nicht die wichtigste Grundlage,
114 nämlich das Erlernen der deutschen Sprache, genommen werden. Das Bildungsministerium muss
115 zuerst konkret darlegen, wo die zusätzlichen Fremdsprachenlehrer herkommen sollen, bevor die
116 Einführung solch eines Unterrichts, selbst als Ergänzungsunterricht am Nachmittag, zulasten des
117 regulären Unterrichts erfolgen soll.

118 Vor diesem Zusammenhang begrüßen wir die Entscheidung zur Einführung von
119 Sprachförderklassen ab dem kommenden Schuljahr. Diese stellen ein taugliches Mittel zur
120 Förderung der Sprach- und der Deutsch-Kompetenz aller Schüler dar.

121

122 **8. Leistungserlass – Klassenarbeiten statt geschenkter Noten**

123 Der Leistungserlass des Bildungsministeriums zur Leistungsbewertung vom 16. Juli 2016 muss
124 weiterhin grundlegend überarbeitet werden. Es darf keine Abschaffung des Grundprinzips
125 „Leistung“ erfolgen. Klassenarbeiten müssen turnusmäßig in der vorgegebenen Anzahl und
126 Notenspiegel bekannt gegeben werden. Leistungsmessung durch individuell festlegbare
127 Prüfungen und Referate statt klassenbezogener Leistungsstandanalyse ist dem saarländischen
128 Bildungssystem nicht förderlich. Die JU Saar hält an ihren hierzu beschlossenen Punkten fest.

129 Des Weiteren müssen die Lehrer mit Blick auf Dokumentationspflichten weiter entlastet werden.
130 Anstatt stetig Berichte anzufertigen, sollte deren Fokus auf der Vor- und Nachbereitung des
131 Unterrichts und der Anpassung des Lernstoffes auf die Schüler in individueller Form erfolgen. Der
132 Fähigkeiten der Lehrer auf dem Gebiet der Pädagogik muss wieder mehr Vertrauen
133 entgegengebracht werden, damit die zunehmende Bürokratisierung des Lehrerberufes ein Ende
134 finden kann.

135

136 **8. Ausbau der freiwilligen Ganztagschulen weiter fördern**

137 Wir setzen uns weiterhin für den stetigen Ausbau der Ganztagschulen und deren
138 Betreuungsmöglichkeiten ein. Freiwillige Ganztagschulen leisten vor dem Hintergrund der
139 gesamtgesellschaftlichen Entwicklung einen wichtigen Beitrag zur besseren Vereinbarkeit von
140 Familie und Beruf. Sie versetzen Eltern in die Lage, ihre Kinder in einem verlässlichen Rahmen
141 ganztägig in der Schule in guten Händen zu wissen und so ihre familiären und beruflichen Aufgaben
142 besser miteinander zu vereinbaren.

143 Hierbei ist es für uns jedoch unerlässlich, dass den Eltern eine echte Wahlfreiheit verbleibt. Wir
144 wehren uns gegen die verpflichtende Ganztagsbetreuung. Den Schulen muss die autonome
145 Entscheidung überlassen werden, ob es eine Halb-/Ganztags- oder ein freiwilliges oder
146 gebundenes Modell geben soll. Für all diese Formen muss es eine gleich gute finanzielle Förderung
147 geben.

148 Wir begrüßen das Vorhandensein der freiwilligen Nachmittagsbetreuung im Saarland. Mit dem
149 Förderprogramm "Freiwillige Ganztagschule" ermöglicht die saarländische Landesregierung in
150 Zusammenarbeit mit den Schulträgern, den öffentlichen und freien Trägern der Jugendhilfe sowie
151 sonstigen zur Mitarbeit bereiten gesellschaftlichen Kräften, die Einrichtung von ergänzenden
152 Angeboten im Bereich der Freiwilligen Ganztagschule. Dieses Programm gilt für die
153 allgemeinbildenden Schulen bis einschließlich Klassenstufe 10.

154

155 **9. Inklusion überdenken – individueller Förderung Vorrang geben**

156 Bereits seit 2009 ist die UN-Behindertenrechtskonvention geltendes Recht in Deutschland und
157 verpflichtet die Bundesländer dazu, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um ein inklusives
158 Bildungssystem zu ermöglichen.

159 Durch die Kinder von Migranten, welche die hiesigen Schulen besuchen, hat der Schulunterricht
160 zusätzlich eine neue Herausforderung erhalten. Die Lehrerinnen und Lehrer an den Grundschulen
161 und weiterführenden Schulen sind mittlerweile durch diese Entwicklung einer doppelten
162 Belastung ausgesetzt. Sie verdienen unseren Dank und unsere Anerkennung, da auch sie in ihrer
163 täglichen Arbeit mit den Schülern zu einer gelingenden Integration beitragen.

164 Wir fordern aus diesen Gründen die Beibehaltung der Wahlfreiheit bei der Schulwahl im Bereich
165 der Inklusion. Genauso wie jedes Kind in seiner Persönlichkeit verschieden ist, hat jedes Kind auch
166 unterschiedliche Bedürfnisse in der Förderung. Eine Förderung in einer Großgruppe ist nicht per
167 se für jedes Kind sinnvoll und Eltern, die ihr Kind aufgrund der jahrzehntelang entwickelten guten
168 Förderbedingungen und der großen Professionalität der Förderschulen in dieser Einrichtung
169 weiter gefördert wissen wollen, verdienen denselben Respekt wie Eltern, die einen Regelschulplatz
170 für ihr Kind wünschen. Um diese Kinder an den Regelschulen bestmöglich zu fördern, brauchen die
171 Schulen auch die bestmögliche Ausstattung an Fördermaterialien und die räumliche Ausstattung

172 mit geeigneten Förderräumen, um so auf die besonderen Bedürfnisse eingehen zu können.
173 Genauso ist es aus pädagogischen Gesichtspunkten notwendig, den bestehenden Klassenteiler
174 anzupassen.

175 Auch innerhalb der Lehrerausbildung muss auf die neuen Entwicklungen eingegangen werden. Die
176 JU Saar spricht sich daher für die Einführung eines Studienganges zum Erwerb der Ersten
177 Staatsprüfung für das Lehramt für Sonderpädagogik an der Universität des Saarlandes aus. Auch
178 im Saarland muss es die Möglichkeit geben, sich als Lehrer für diese Schulform ausbilden zu lassen,
179 anstatt bloß den Vorbereitungsdienst für das Lehramt für Sonderpädagogik hier absolvieren zu
180 können. Eine Anpassung und Ausweitung der Studieninhalte im Hinblick auf den differenzierenden
181 Unterricht ist ebenso zwingend notwendig. Weiterhin müssen die Fortbildungsangebote für
182 Schulen gleich welcher Schulart in Bezug auf die neuen Gegebenheiten überprüft und
183 gegebenenfalls ausgebaut werden. Derzeit erfolgt die Zuweisung von sonderpädagogischen
184 Lehrerstunden für den gemeinsamen Unterricht nach festen Berechnungsschlüsseln für die
185 Primar- bzw. die Sekundarstufe. Eine ausreichende Stundenzahl von Förderlehrerinnen und
186 Förderlehrern an den Schulen (Stundenkontingent) muss gewährleistet werden.

187 Die Rückmeldungen aus den Schulen und Klassen lassen den Schluss zu, dass eine Inklusion nach
188 bisherigem Modell, vor allem auch in Kombination mit der Unterrichtung anderssprachiger Kinder,
189 dem Lernen und Leistungsfortschritt der gesamten Klasse grundlegend entgegensteht.

190

191 **10. Absenkung der Eingangsbesoldung für alle Landesbedienstete rückgängig machen**

192 Die Junge Union Saar begrüßt die Entscheidung, die Absenkung der Eingangsbesoldung bei Grund-
193 , Förder- und Berufsschullehrern rückgängig zu machen. Wir sprechen uns daher weiterhin dafür
194 aus, die Absenkung der Eingangsbesoldung für alle übrigen Landesbediensteten ebenso rückgängig
195 zu machen, sodass alle Landesbediensteten bereits zu Beginn ihres Berufslebens im Saarland
196 gerecht bezahlt werden.

197 Zudem muss die saarländische Bildungslandschaft für die Lehrer attraktiv bleiben. Eine
198 Argumentation damit, dass es mehr Bewerbungen als Stellen im gymnasialen und
199 gemeinschaftsschulischen Bereich gäbe, um so die Absenkungen bis 2020 im Bereich der
200 Gymnasiallehrer aufrecht erhalten zu können, kann hier nicht zählen. Einem Lehrermangel muss
201 im Saarland zwingend vorgebeugt werden. Einem Wegzug der hier ausgebildeten Lehrkräfte muss
202 umgehend entgegengewirkt werden.